

Gegner reichen das Referendum ein

Laut Komitee steht das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit – wenn auch knapp. Und es wird vehement bekämpft.

ap. Die Personenfreizügigkeit kommt nun möglicherweise doch vors Stimmvolk: Die Referendumsführer reichten gestern nach eigenen Angaben 51 700 Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Damit könnte das Quorum knapp erreicht worden sein. Ob das tatsächlich der Fall ist, muss die Bundeskanzlei jetzt prüfen.

Die Unterschriftensammlung gegen die Weiterführung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit blieb bis zum Schluss eine Zitterpartie. Die Referendumsführer, alle vom rechten Flügel des politischen Spektrums, trommelten bis in letzter Minute die beglaubigten

Unterschriften auf den Gemeinden zusammen. Um 15 Uhr meldete Bernhard Hess, Geschäftsführer der Schweizer Demokraten (SD), vor der Bundeskanzlei, man habe 51 700 beglaubigte Unterschriften. Die Junge SVP habe 22 600 und die Lega dei Ticinesi 14 300 Unterschriften beigetragen. Die SD selbst habe 13 500 Unterschriften gesammelt. Weitere 1300 Unterschriften seien von verschiedenen Organisationen gesammelt worden. Weder die SVP-Mutterpartei noch die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) unterstützten das Referendum.

Zufluss von Mitgliedern

Scharfe Worte fand Hess für die SVP und für die Auns: «Wir wurden sträflich im Stich gelassen.» Das werde Konsequenzen haben. Die SD habe bereits einen Zufluss von Spenden und Mitgliedern verspürt.

SVP-Nationalrat und Vorstandsmitglied der Jungen SVP Lukas Reimann St. Gallen gab sich zuversichtlich, dass



Wütend auf die SVP: Bernhard Hess, Chef der Schweizer Demokraten. KEYSTONE

das Referendum in der Abstimmung im Februar gute Chancen habe. Die Wirtschaftslage sehe nicht mehr so gut aus. Da würden die Leute schon bald merken, was eine unkontrollierte Einwanderung bringe. In die gleiche Kerbe schlug auch Lega-Präsident Giuliano Bignasca. Die drohende Rezession werde Wind in den Referendums-Se-

geln sein. Derweil waren sich gestern Abend die Parteipräsidenten von links bis rechts – FDP, CVP, SP, Grüne, Grünliberale, Liberale, EVP und BDP – einig, dass sie für ein Ja zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien kämpfen werden. Gleichzeitig machte auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse deutlich, dass er sich weiterhin vehement für die Weiterführung des bilateralen Wegs einsetzen werde.

Noch keine Weisung: SVP

Noch keine Weisung an ihre Mitglieder hat die SVP herausgegeben. Sollte das Referendum zu Stande gekommen sein, werde an einer der nächsten Delegiertenversammlungen eine Parole gefasst werden, hiess es in einer Mitteilung. Am Abend befasste sich auch der Bundesrat mit dem Thema. Er hatte schon früher den 8. Februar als Abstimmungsdatum festgelegt, falls das Referendum zu Stande kommen sollte.